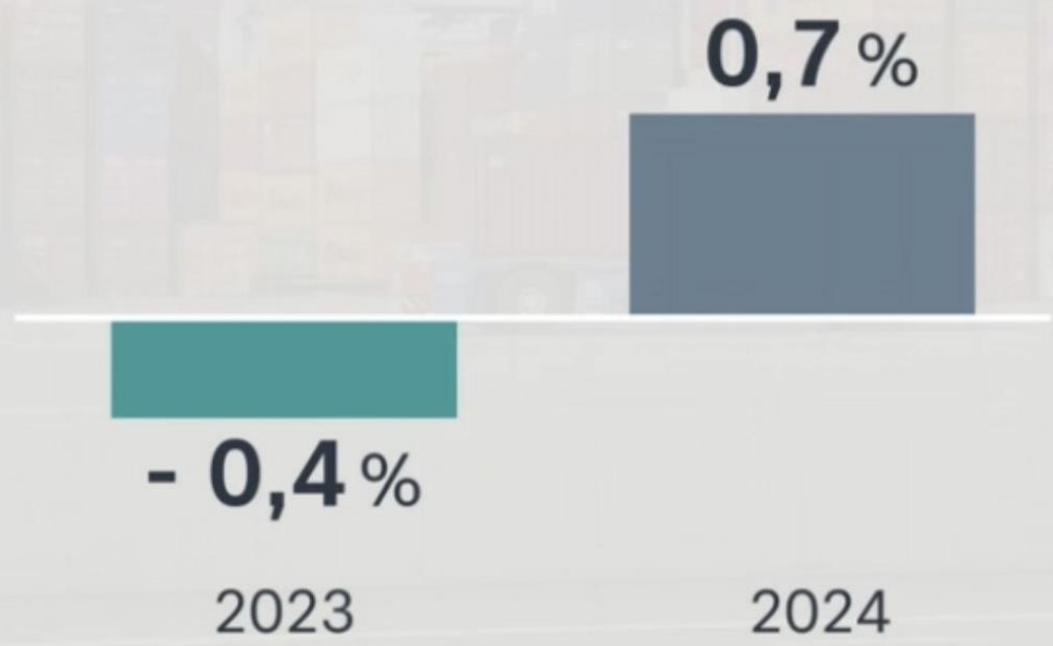


# Sachverständigenrat Wachstumserwartungen



Quelle: Gutachten des Sachverständigenrats

Wirtschaftsweise erwarten lang anhaltende Wachstumsschwäche

# Prognose bringt mehr Sorgen

Von Birgit Marschall

**BERLIN.** Für die Bundesregierung gab es am Mittwoch von den sogenannten Wirtschaftswesen keine guten Nachrichten: Nicht nur lahm die deutsche Konjunktur, auch mittel- und langfristig sind die Wachstumsperspektiven besorgniserregend schlecht. Die fünf Wirtschaftswissenschaftler empfehlen die Ampel-Regierung in ihrem neuen Jahresgutachten, durch mutige Reformen mehr für die Steigerung des Wirtschaftswachstums zu tun. Sie raten etwa zur Erhöhung des Rentenalters nach 2031, zur Abschaffung des Ehegattensplittings und zu deutlich mehr Anreizen für Investitionen und mehr Wagniskapital. Es seien zeitnah wirtschaftspolitische Entscheidungen notwendig, um den Verlust an Arbeitskräften auszugleichen und ein „grünes Wirtschaftswunder“ durch mehr Investitionen zu ermöglichen, mahnte das Ratsmitglied Veronika Grimm bei der Vorstellung des Gutachtens in Berlin.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung (SVR) ist das wichtigste wirtschaftspolitische Beratungsgremium der Bundesregierung. Anders als in früheren Jahren hat sich der Rat vorgenommen, weniger abstrakte und mehr praxisnahe Empfehlungen zu geben. Zudem mischen sich die Mitglieder jetzt deutlich mehr in die öffentliche Debatte ein.



Der Sachverständigenrat hat sein Gutachten an Kanzler Olaf Scholz und einige andere Mitglieder des Bundeskabinetts überreicht.

Foto: imago

Für das laufende Jahr erwarten die Wirtschaftswesen wie die Bundesregierung eine Schrumpfung der deutschen Wirtschaft um 0,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die konjunkturelle Erholung verzögere sich und falle auch im kommenden Jahr nur verhalten aus, sagte die Ratsvorsitzende Monika Schnitzer. Mit 0,7 Prozent Wachstum fällt die Prognose für 2024 nur halb so gut aus wie die jüngste Vorhersage von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) mit

1,3 Prozent. Immerhin soll die Inflationsrate von 6,1 Prozent 2023 im kommenden Jahr auf 2,6 Prozent sinken, so die SVR-Prognose. Schwerpunkt des Gutachtens ist aber das mittel- und langfristig schwache Wachstumspotenzial der deutschen Wirtschaft. Für die kommenden zehn Jahre erwartet der Rat nur noch einen jahresdurchschnittlichen Zuwachs von 0,4 Prozent der Wirtschaftsleistung. Die Wachstumsaussichten würden vor allem durch den

zunehmenden Mangel an Arbeitskräften gebremst, sagte Grimm. Die Regierung müsse mehr tun, um Erwerbspotenziale bei Frauen und Älteren sowie durch mehr Zuwanderung zu heben. Zudem müssten die Wachstumsaussichten durch mehr Bildung, Digitalisierung und den Einsatz künstlicher Intelligenz gesteigert werden. Ohne Wachstum, da waren sich die Ökonomen einig, werde Deutschland die Transformation in die Klimaneutralität nicht stemmen und den Wohlstand nicht sichern.

Der Rat fordert eine Rentenreform, um die künftigen Lasten gerechter zwischen den Generationen aufzuteilen. Das Renteneintrittsalter solle an die steigende Lebenserwartung gekoppelt werden. Dies laufe darauf hinaus, dass ein Rentenalter von 68 Jahren etwa 2050 erreicht werde, da die Lebenserwartung nicht mehr so stark zunehme wie in der Vergangenheit, so Ratsmitglied Martin Werding.

Für das laufende Jahr erwarten die Wirtschaftswesen wie die Bundesregierung eine Schrumpfung der deutschen Wirtschaft um 0,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die konjunkturelle Erholung verzögere sich und falle auch im kommenden Jahr nur verhalten aus, sagte die Ratsvorsitzende Monika Schnitzer. Mit 0,7 Prozent Wachstum fällt die Prognose für 2024 nur halb so gut aus wie die jüngste Vorhersage von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) mit

1,3 Prozent. Immerhin soll die Inflationsrate von 6,1 Prozent 2023 im kommenden Jahr auf 2,6 Prozent sinken, so die SVR-Prognose. Schwerpunkt des Gutachtens ist aber das mittel- und langfristig schwache Wachstumspotenzial der deutschen Wirtschaft. Für die kommenden zehn Jahre erwartet der Rat nur noch einen jahresdurchschnittlichen Zuwachs von 0,4 Prozent der Wirtschaftsleistung. Die Wachstumsaussichten würden vor allem durch den

## Steigerung Aufwendungen:

- Allgemeine Kreisumlage von 2023 zu 2024: 15,95 %
- Tarifsteigerung ca. 10%
- Sonstige Steigerungen durch Inflation
- Energiekrise
- steigende Sozialaufwendungen durch nicht ausreichende finanzielle Erstattungen, auch nach Bund / Ländertreffen

Gemeinsame Stellungnahme Wüst und StGB:

*„Der zugesagte Beitrag des Bundes zur Finanzierung der Flüchtlingskosten vor Ort bleibt weit hinter den Erwartungen zurück.“*

## Herbststeuerschätzung:

2023: Steuererträge -4,5 Milliarden € zur Maisteuerschätzung weniger

Billerbeck, Est Beteiligung:

1. Quartal 1,75 Mio €
2. Quartal 1,69 Mio €
3. Quartal 1,60 Mio €

2024 ff: keine Steigerung für die Kommunen in Sicht, unbeachtet der geplanten Gesetzesänderungen (u.a. Wachstumschancengesetz, Zukunftsfinanzierungsgesetz)

## 3. NKF Weiterentwicklungsgesetz (Referentenentwurf):

Verschiebung der Haushaltssicherung etlicher Kommunen in die Zukunft, durch Lockerungen der Voraussetzungen eines HSKs (Erhöhung von Grenzen und Vortragen von Jahresfehlbeträgen).

Aussage der Ministerin Scharrenbach in der Videokonferenz (06.11.2023):

***„Haushaltsrecht bedeutet keine Liquidität. Das Land hat selbst 4 Milliarden Euro pro Jahr weniger.“***